

Ein Appell zur Versöhnung

Konsensgruppe reicht dem Rat der Slowenen die Hand und fordert Kanzler auf, einen runden Tisch einzuberufen. Neues Projekt soll Dialog initiieren.

KLAGENFURT. In der neu aufgeflammt Ortstafel-debatte ruft nun die Konsensgruppe zum Dialog auf. Gerichtet ist dieser Appell von Bernard Sadovnik (Gemeinschaft der Slowenen), Marjan Sturm (Zentralverband), Josef Feldner (Heimatdienst) und Heinz Stritzl (Plattform Kärnten) nicht nur an die Politik, sondern auch an den Rat der Kärntner

Slowenen. Sadovnik reicht den Obleuten Karel Smolle und Rudi Vouk die Hand zur Versöhnung: „Mein Appell ist, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Position zu finden.“ An die Politik appelliert die Konsensgruppe, endlich wieder Gespräche aufzunehmen. Feldner verweist auf zwei Regierungsvorschläge – das Schüssel/Haider-Papier 2006 und den

Gusenbauer-Vorschlag von 2007. Dabei seien lediglich 25 Orte strittig: „Es ist ein Streit um des Kaisers Bart, der lächerliche parteipolitische Justamentstandpunkte zur Ursache hat.“ Große Hoffnungen setzt man in Kanzler Werner Faymann, der am Mittwoch zu einem Treffen mit Sloweniens Premier Borut Pahor reist. Den Dialog in der Bevölkerung soll ein grenz-

überschreitendes Projekt vorantreiben. Die Konsensgruppe will die Familien- und Lebensgeschichten von Kärntnern, Kärntner Slowenen und Slowenen gegenüberstellen und somit einen Beitrag für ein besseres gegenseitiges Verständnis leisten. Veröffentlicht werden diese Geschichten vorerst im Internet und sollen später auch als Buch erscheinen.

„ In wichtigen Fragen sollten wir mit dem Rat gemeinsame Positionen finden.“

Bernard Sadovnik



zenberger



KOMMENTAR

VON MARKUS KAUFMANN

Ein guter Rat für den Slowenen-Rat

Sie sind das Paradebeispiel dafür, dass in der Ortstafel-Causa eine versöhnliche Lösung möglich ist. Der Chef des Heimatdienstes, Josef Feldner, und Marjan Sturm vom Zentralverband der Kärntner Slowenen waren einst erbitterte Gegner, kämpfen heute aber Seite an Seite für das Ende der leidigen Debatte.

Und sie tun noch mehr: Sie strecken gemeinsam mit Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen die Hand der Versöhnung in Richtung Rat der Slowenen aus. In wichtigen Fragen sollte man eine Position finden, heißt es.

Der Rat wäre gut beraten, das Angebot anzunehmen. Denn jeder Streit unter den Slowenenvertretern ist Wasser auf die Mühlen der politischen Ortstafelzündler vom BZÖ. Wenn jeder weiter sein eigenes Süppchen kocht und kein gemeinsamer Weg gefunden wird, können die Politiker den internen Disput immer wieder als Ausrede für ihre Untätigkeit heranziehen – so, wie es die Erben von Haider gelernt haben.

@ markus.kaufmann@ktz.at

Endlosstreit um die Ortstafeln

Verschleppt. Seit Jahrzehnten wird in Kärnten über die Anzahl von zweisprachigen Ortstafeln gefeilscht. Eine Lösung ist nicht in Sicht.

MARTIN BEHR

KLAGENFURT (SN). „Außerhalb von Kärnten erzeugt die seit Jahrzehnten schwelende Ortstafelstreit nur eines: Kopfschütteln“, erklärt Josef Feldner vom Kärntner Heimatdienst. Zweisprachige Ortstafeln, wie sie etwa im Burgenland, in Slowenien oder im Friaul zum Alltag gehören, werden in Kärnten immer noch von der Politik für das Schüren von Urängsten benutzt.

Nach einem Vorstoß der sogenannten Konsensgruppe könnte nun aber Bewegung in die schier unendliche Geschichte kommen. In einem ORF-„Sommergespräch“ deutete der Kärntner SP-Chef Reinhart Rohr am Dienstag eine „konstruktive Lösung auch ohne das BZÖ“ an. Die Orangen weigern sich bislang hartnäckig, auch nur eine neue Ortstafel aufstellen zu lassen.

BZÖ für Kreisky-Lösung

Bislang gab es die Übereinkunft, dass es in der Ortstafelfrage eine Dreiparteieneinigung geben müsse. Laut Rohr sei eine demokratische Mehrheit aber auch mit der ÖVP allein möglich – dazu werde sie sich „einmal deklarieren müssen“, betonte der SP-Chef. Replik aus der ÖVP: Rohrs Pläne seien „naiv und überflüssig“, man halte an einem Dreierkonsens fest. BZÖ-Sprecher Stefan Petzner sprach sich für die „Kreisky-Lösung“, also zweisprachige Tafeln ab 25 Prozent Minderheitenanteil aus. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) erklärte indes, er setze vor allem auf informelle Gespräche, nicht aber auf große öf-

fentliche Runden. Damit erteilte er einer Forderung von Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) nach Einberufung eines runden Tisches eine deutliche Absage. Er sei in der Frage Ortstafeln „nicht für große Tische mit vielen Scheinwerfer und ohne Sinn“, sagte Faymann.

Kärnten werde nicht übergangen, er plane auch Gespräche mit dem BZÖ. Falls das Bündnis kein Interesse an einer Lösung habe, werde man sich um andere Mehrheiten umschauchen.

Die Vorgeschichte: Laut der Ortstafelregelung von 1977 müss-

ten 91 zweisprachige Ortstafeln aufgestellt sein. In Wahrheit sind es bis heute aber nur 77 Tafeln in neun Gemeinden. Im Jahr 2001 kam in die von allen Parteien nur halbherzig geführte Ortstafeldiskussion in Bewegung. Der Verfassungsgerichtshof hatte die 1977er-Regelung gekippt, nachdem der Rechtsanwalt und Slowenenvertreter Rudi Vouk Selbstanzeigen wegen Schnellfahrens in Ortsgebieten eingebracht hatte.

Der Verfassungsgerichtshof erachtete die Hürde von 25 Prozent Bevölkerungsanteil slowenischsprachiger Bevölkerung für die Errichtung von zweisprachigen Tafeln als zu hoch und empfahl zehn Prozent. Es kam zu verbalen Scharmützeln zwischen Landeshauptmann Jörg Haider und dem damaligen Verfassungsgerichtshofpräsidenten Ludwig Adamovich, zahlreiche Verhandlungen in Wien und Klagenfurt endeten ohne Erfolg.

„Karner-Papier“: 158 Tafeln

2005 schien ein Lösen des gordischen Knotens möglich. Historiker Stefan Karner hatte im Auftrag Kanzler Wolfgang Schüssels (ÖVP) einen auch von Slowenen- und Heimatverbänden goutierten Kompromiss erarbeitet: 158 Tafeln. Ein Jahr später wurde die Anzahl im „Schüssel-Haider-Papier“ auf 141 Tafeln reduziert, aber auch dieser Vorschlag wurde ein Opfer der Parteitaktik. Statt Besonnenheit und Problembewusstsein dominierten Polit-Aktionismus sowie ein Spiel mit den Emotionen, welches in der „Ortstafel-Verrückung“ durch Haider und den damaligen Verkehrslandesrat Gerhard Dörfler (BZÖ) gipfelte. Ein von Exkanzler Alfred Gusenbauer unternommener Vorstoß (163 Tafeln) war in diesem Klima zum Scheitern verurteilt.

Kärntner Ortstafelstreit



1955 Staatsvertrag verpflichtet Österreich zur Errichtung zweisprachiger Ortstafeln im Gebiet der slowenischen und kroatischen Minderheit

1972 „Ortstafelgesetz“ der Regierung Kreisky sieht zweisprachige Tafeln in 205 Ortschaften vor – Proteste und Zerstörung von Ortstafeln („Ortstafelsturm“)

1977 Ortstafelregelung – zweisprachige Tafeln für 91 Ortschaften vorgesehen, 77 errichtet*

2001 Verfassungsgerichtshof kippt Regelung von 1977

2002–05 Fünf Konsenskonferenzen und Verhandlungen in Kärnten und Wien bringen keine Einigung

2005 „Karner-Papier“ mit 158 Tafeln vorgelegt

2006 ÖVP und BZÖ einigen sich mit Konsensgruppe auf 141 Tafeln („Schüssel-Haider-Papier“), Umsetzung scheitert

2007 „Gusenbauer-Vorschlag“ sieht 163 Tafeln vor, Umsetzung scheitert, seither keine Bewegung in Ortstafelfrage

* drei davon seit 2006 mit kleiner hineinmontierter slowenischer Aufschrift (vom VfGH als gesetzwidrig erkannt)

Grafik: © APA, Quelle: APA



BRENNPUNKT

HEINZ STRITZL

Zum Handeln ist Mut notwendig

Die Diskussion um die Ortstafelfrage gehört zum arnseligsten politischen Thema der Zweiten Republik. Auch jetzt wird wieder der Anspruch auf die Erfüllung des Staatsvertrages und des Volksgruppengesetzes samt Ortstafelverordnung in Zweifel gezogen. Was im Burgenland mit kroatischen und ungarischen Ortstafeln selbstverständlich ist, wird in Kärnten, das ebenfalls zur Zweiten Republik gehört, unerfüllbar. Der Gang zu Gericht sollte wirklich der allerletzte Ausweg sein, aber es besteht ebenso Handlungsbedarf der Politik. Wir kennen die litaneihafte

>> Eine der wichtigsten Maximen politischen Handelns lautet: „Ordne dein persönliches Wohl dem Gemeinwohl unter.“ Sie sollte die Richtschnur sein. <<

Erklärung „Keine Lösung ohne Kärnten“ von schwarzen und roten Kanzlern, zuletzt von Faymann, zur Genüge. Niemand will über die Köpfe der Kärntner hinweg entscheiden, aber was, wenn maßgebende Politiker nicht Herr ihrer freien Entscheidungen sind?! Wenn die Staatsanwaltschaft dem Landeshauptmann seine Untwürdigkeit gegenüber dem Vorgänger bescheinigt? Ein Jahr nach dessen Tod könnte sich der Nachfolger von der einseitigen Minderheitenpolitik losgelöst haben.

office.karnten@woche.at

POLITIK INTERN

Sturm: „Rechtsstaat ins schiefe Licht gerückt“

Für Marjan Sturm, Obmann vom Zentralverband der Kärntner Slowenen, ist durch die Ortstafelcausa „der Rechtsstaat ins schiefe Licht gerückt. Dessen Reputation muss wiederhergestellt werden“. Für ihn und die Konsensgruppe ist der Dialog „wichtig, wir müssen ihn vertiefen, die Zivilgesellschaft mobilisieren“.

Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen haben angesichts der neu aufgeflamten Ortstafel-Diskussion „die Worte gefehlt“. Sadovnik ortet auf beiden Seiten „keinen Willen für eine friedliche Lösung“. Er ap-

pelliert auch an den Rat der Kärntner Slowenen an einer Lösung mitzuarbeiten. Für ihn wäre es an der Zeit, dass „die Bundesregierung einen runden Tisch einberuft, Kanzler Werner Faymann handelt“.

Josef Feldner, Obmann vom Kärntner Heimatdienst, betont, dass es „sich nur um 25 strittige Ortstafeln handelt. Es sind 11.000 von 550.000 Einwohnern betroffen“.

Heinz Stritzl, Sprecher der Plattform Kärnten, wiederum ärgert sich darüber, dass Justizministerin Claudia Bandion-Ortner mit LH Gerhard Dörfler „nur zu einem Jausengespräch zusammentrifft“. Er empfiehlt

der Regierung dorthin zu fahren, wo die Minderheitenrechte funktionieren – „wenn schon nicht Stinatz und Wulkaprodersdorf, dann halt Siebenbrunn und Banat. Wir leben unter demselben Himmel, haben aber nicht denselben Horizont“.

Um die Volksgruppen einander näher zu bringen, arbeitet die Konsensgruppe gemeinsam an einem neuen Buch, in dem die Lebensgeschichten von rund 20 Personen erzählt werden. Weiters soll eine Internet-Plattform erstellt werden, um Diskussionen und Dialoge in Gang zu setzen.

E. KRUG

26. AUGUST 2009

www.woche.at

Ortstafeln dominieren

Faymann absolviert Mittwoch in Slowenien Antrittsbesuch. Ortstafelfrage wird Kernthema. Kärntner Konsensgruppe hält am Dialog fest und fordert Lösung ein.

ANDREA BERGMANN,
VERENA GLEITSMANN

Selten hat der Antrittsbesuch eines Bundeskanzlers in Slowenien im Vorfeld so hohe Wellen geschlagen. Morgen trifft sich Werner Faymann (SPÖ) in Laibach mit Regierungschef Borut Pahor und Staatspräsident Danilo Türk. Zu erwarten ist, dass das Ortstafelthema zur causa prima wird. Faymann hat am



Josef Feldner und Marjan Sturm (von links): „Die Menschen müssen richtig informiert und aufgeklärt werden“

APA/EGGENBERGER

Sonntag neuerlich deponiert, eine Lösung „in breitem Konsens mit Kärnten anzustreben“. Weil das BZÖ weitere Ortstafeln generell ablehnt, ist zu hinterfragen, wie eine Lösung möglich werden soll. Mit Verwunderung wurde in Kärnten Faymanns Aussage registriert, er führe informelle Gespräche. „Wir versuchen seit drei Monaten, einen Termin beim Kanzler zu kriegen. Auf Vermittlung von Bundespräsident Heinz

Fischer war dann nur ein Gespräch mit Staatssekretär Ostermayer möglich“, kritisiert Karel Smolle, Obmann des Rates der Slowenen. Marjan Sturm und Bernard Sadovnik, die beiden anderen Slowenenvertreter, sind für Anfang September zu Ostermayer geladen. „Knackpunkt wird, wie man das BZÖ von der Null-Position wegbringt“, so Sturm und Sadovnik. Als Protagonisten der Konsensgruppe hal-

Kanzler-Visite

ten sie mit Josef Feldner (Heimatsdienst) und Heinz Stritzl (Plattform Kärnten) am Dialog fest. „Bei gutem Willen wäre ein Kompromiss ein Leichtes“, betonte Feldner gestern in einer Pressekonferenz. Er sprach sich gegen die Maximalforderung des Rates (394 Ortstafeln, Anm.) genauso aus wie gegen die Null-Positionierung des BZÖ. Die Konsensgruppe habe vor Jahren einen Kompromiss erarbeitet (158 Ortstafeln, Anm.). Es liege aber an „der Gesamtverantwortung des Staates, das Problem zu lösen“, so die Konsensgruppe. Für deren Paket sprach sich gestern auch EU-Abgeordneter Andreas Mölzer (FPÖ) aus. Er ist Vorstandsmitglied des Heimatsdienstes. Faymann solle sich auf dieser Basis mit Pahor einigen.

Zu hören ist, dass Faymann

„Die Leute müssen begreifen, dass durch zweisprachige Ortstafeln keine Grenzverschiebungen stattfinden.“

Heinz Stritzl, Konsensgruppe

das von seinem Vorgänger Alfred Gusenbauer erstellte Ortstafelpaket von 2007 (163 Tafeln, Anm.) reaktivieren wollte, beim Koalitionspartner ÖVP aber abgeblitzt sei. Zur Erinnerung: Davon ist Kanzler Schüssel mit seinem Paket am Nein der SPÖ gescheitert. Gusenbauer kommentiert jetzt: „Wer bei den Ortstafeln auf das BZÖ wartet, der wartet auf den Sankt-Nimmerleins-Tag“.

Panikmache ist eben kein Heimatdienst

Im Kärntner Ortstafelstreit wirft die Konsensgruppe der Politik Versagen vor – Faymann besucht Slowenien

MARTIN BEHR

KLAGENFURT (SN). Sie hat vom EU-Parlament den Europäischen Bürgerpreis verliehen bekommen, doch in ihrer Heimat Kärnten stößt die im Ortstafelstreit eingesetzte Konsensgruppe nach wie vor auf taube Ohren. Am Montag haben zwei prominente Mitglieder der Gruppe, Josef Feldner vom Heimatdienst und Marjan Sturm vom Zentralverband der Kärntner Slowenen, die Untätigkeit der Politik kritisiert. Und: „Die Politik hat es verabsäumt, den von Panikmachern verunsicherten Menschen in den betroffenen Gebieten Sachinformationen zu geben.“

Ein verschlepptes Problem

„Die Ortstafelfrage wird seit Jahrzehnten verschleppt und wie eine heiße Kartoffel weitergegeben. Das ist ein Versagen aller Parteien, denn das sogenannte Problem wäre leicht lösbar“, erklärt Josef Feldner im Gespräch mit den SN.

Durch den Verzicht auf Sachinformationen hätten die Politiker aber den nicht kompromissbereiten Gegnern einer Verständigung der Volksgruppen das Feld überlassen: „Warum sagt man den Menschen nicht, dass von zusätzlichen zweisprachigen Ortsaufschriften nur 11.000 von 529.000 Einwohner betroffen wären? Warum sagt niemand, dass die Befürchtung, wonach durch zweisprachige Tafeln ein slowenisches Territorium ab-

gesteckt werde, völlig absurd ist?“ Aufgabe der Konsensgruppe sei es, einen Heimatdienst gegen „Desinformation, Legendenbildung und Panikmache“ zu leisten.

Laut Feldner seien in Wahrheit lediglich 25 „überwiegend kleine Orte strittig“: „Somit ein Streit um des Kaisers Bart, der lächerliche parteipolitische Justamentstandpunkte zur Ursache hat.“ Gemeint sind damit die „Maximalforderung“ des Rats der Kärntner Slo-

wenen sowie die auch vom Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) immer wieder verlangte „Nullpositionierung“. Für Marjan Sturm ist jedenfalls durch die Diskussionen der vergangenen Wochen der „Rechtsstaat in ein schiefes Licht gebracht“ worden. Sturms Hoffnung: Dass die Politik einmal erkennen wird, dass sie „mit diesem Thema keine Wahlen mehr gewinnen kann.“

Noch ist es nicht so weit, wie die Reaktion des BZÖ-Landesparteiobmanns Uwe Scheuch belegt. Solange nicht nachgewiesen sei, dass nicht überhaupt zu viele Tafeln stehen, werde es auch keine neuen geben, sagte Scheuch.

Die Konsensgruppe forderte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) auf, endlich Taten zu setzen und eine neue Verhandlungsrunde einzuberufen. Faymann wird morgen, Mittwoch, in Laibach den slowenischen Ministerpräsidenten Borut Pahor treffen. Ob Faymann einen neuen Lösungsvorschlag präsentieren wird, ist noch unklar.



Zweisprachige Ortstafeln: Ein Streit um des Kaisers Bart, sagen Josef Feldner (links) und Marjan Sturm. Bild: SN/APA

4 Die Presse

Dienstag, 25. August 2009

in kürze

Ortstafeln: Runder Tisch?

Die Konsensgruppe ruft Kanzler Faymann auf, einen runden Tisch in der Ortstafelfrage einzuberufen. Auch Andreas Mölzer (FPÖ) fordert Faymann, der Mittwoch in Laibach auf Amtskollege Borut Pahor trifft, auf, sich mit diesem auf eine „vernünftige Lösung“ zu einigen. Die Konsensgruppe, in der frühere Gegner zueinanderfanden, arbeitet derzeit an einem Buch über kärntnerisch-slowenische Lebensgeschichten und warnt vor einer Klimaverschlechterung. Die „Maximalforderung“ des Rats der Kärntner Slowenen wird ebenso abgelehnt wie die „Nullpositionierung“ des BZÖ. Einen Kompromiss sollte es auf Basis des „Schüssel-Papiers“ (144 Ortstafeln) oder des „Gusenbauer-Vorschlags“ (163) geben.

Kärntner Ortstafeln: Faymann soll runden Tisch einberufen

Klagenfurt – Die Kärntner Ortstafel-Konsensgruppe fordert Bundeskanzler Werner Faymann auf, in der Ortstafelfrage tätig zu werden. Er solle rasch eine neue Verhandlungsrunde am runden Tisch einberufen, denn die Frage weiterer zweisprachiger Ortstafeln sei vorrangig eine Angelegenheit des Bundes und nicht Kärntens.

Der Kanzler verlangte allerdings von Kärnten einen politischen Konsens, der „so breit als möglich“ sein müsse. Das Kärntner BZÖ bremst und will zuerst eine Minderheitenfeststellung abhalten. Faymann will das Kärntner Ortstafelproblem auch kommenden Mittwoch in Ljubljana anlässlich seines Besuchs beim slowenischen Premier Borut Pahor anschneiden. Man wolle Taten sehen, verlangt die Kärntner Konsensgruppe, in der sich zwei Slowenen-Organisationen und der (deutsch-orientierte) Kärntner Heimatdienst zusammengetan haben, um einen Kompromiss für das seit Jahrzehnten offene Ortstafelproblem zu finden. Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen ärgert sich, dass der Kanzler die Ortstafelfrage wieder an Kärnten abschiebe: „Man kann keinen Konsens einfordern, wenn die Bundesregierung ihrerseits nicht zielorientiert diese Frage angeht.“ Denn die Verantwortung für die Aufstellung weiterer zweisprachiger Ortstafeln liege bei der Bundesregierung und beim Nationalrat.

Marjan Sturm vom Zentralverband slowenischer Organisationen meint, die Politik solle handeln oder den „Mut haben einzugestehen, dass sie gar keine Lösung haben will“.

Der Kärntner Heimatdienst hatte vor Jahren eine totale Kehrtwendung von seiner ablehnenden Haltung gegenüber zweisprachigen Ortstafeln gemacht und unterstützt nun ebenfalls eine politische Lösung. Obmann Josef Feldner: „Das kleinliche Feilschen um mehr oder weniger Ortstafeln versteht außerhalb Kärntens ohnehin keiner mehr.“ (stein)

Kommentar Andreas Khol Seite 27

Ortstafel-Kompromiss, oder: Wer hat's erfunden?

In der ewigen Ortstafelfrage liegt das Gute doch so nah, meinte Alfred Gusenbauer und legte der Regierung einen alten Kompromiss ans Herz. Aber wer hat den erfunden, schmückt er sich da mit fremden Federn?

Andreas Khol*

Alfred Gusenbauer empfiehlt der Regierung Faymann/Pröll, vor allem aber dem zuständigen Bundeskanzler eine neue Initiative zur Lösung des Kärntner Ortstafelkonflikts. „Aus eigener Erfahrung“ glaube er an einen Konsens.

Da muss der kritische Zeitzeuge mit Langzeitgedächtnis und Archiv ganz einfach warnen: Alfred Gusenbauer hat im Juli 2006 die historische Chance zu einer konsensualen Lösung des Ortstafelstreits versenkt. Aus wahltaktischen Gründen blieb ein Mondfenster zur Lösung dieses nun schon mehrere Jahrzehnte vergiftenden Streits ungenützt.

Lösung für 141 Orte

Wolfgang Schüssel hatte mithilfe des Grazer Universitätsprofessors aus dem Galltal, Stefan Karner, in vier Jahren schwierigster Verhandlungen ein umfassendes Paket mit allen Beteiligten erarbeitet: eine Verfassungsbestimmung, welche die allgemeinen Regeln für die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln festlegte, und eine Verordnung mit solchen Tafeln für insgesamt 141 Orte bis 2009. Begleitet von einem Förderungspaket für Kärntner Gemeinden und einer dy-

namischen Klausel, die neue Ortstafeln vorsah, wenn der Anteil der Slowenischsprechenden wachsen sollte, die sogenannte Öffnungsklausel. Beide Regierungsparteien stimmten zu – ÖVP und Haider's BZÖ, und so beschloss die Regierung diese Verordnung.

Die dazugehörige, grundlegende Verfassungsbestimmung scheiterte nach dramatischen Verhandlungen an Gusenbauers SPÖ am 14. Juli 2006 im Nationalrat. Dabei hatten die drei Kärntner Traditionsparteien SPÖ, ÖVP und BZÖ (damals noch die umbenannte FPÖ) dem Paket zugestimmt, ebenso der Kärntner Heimatdienst und zwei der drei Minderheiten-Organisationen.

Auch der slowenische Regierungschef und der Außenminister empfahlen den Vertretern der Minderheit die Annahme dieser Lösung. Trotz Vorwahlzeit ließ auch Bundespräsident Heinz Fischer aus der Hofburg durchsickern, dass dieser Kompromiss ein gangbarer Weg sei.

Die Sozialdemokraten, im Parlament geführt von ihrem Klubobmann Josef Cap, setzten sich darüber und vor allem über ihre Kärntner Landesparteivorsitzende Gabriele Schaunig hinweg. Das war der Anfang vom Ende dieser Hoff-



Die Ortstafelfrage wurde nach Wien zum SPÖ-Maiaufmarsch getragen (Bild aus dem Jahr 2007). Die Sozialdemokraten haben das Thema aber nicht vorangetrieben, sondern verbock, sagt Zeitzeuge Khol. Foto: AP

nungsträgerin der SPÖ in Kärnten; sie erholte sich von diesem Schlag nicht mehr. Die Wiener Parteispitze bearbeitete auch die (sozialdemokratische) Zentralvereinigung der Kärntner Slowenen unter ihrem Vorsitzenden Marijan Sturm so intensiv, dass Sturm sich schließlich von jenem Kompromiss distanzieren musste, an dessen Zustandekommen er wesentlich beteiligt war.

Die genaue Geschichte des Dramas findet sich bei Stefan Karner, im Österreichischen Jahrbuch für Politik 2006, Seiten 359 bis 374, unter dem Titel: „Eine historische Chance verpasst, und niemand weiß, wann sie wiederkommt“.

Zustimmung wie nie zuvor

Es war in der Tat eine historische Chance. Eine Zustimmung zu einem Lösungsvorschlag der Bundesregierung, der in Kärnten von SPÖ, ÖVP und FPÖ, vom Kärntner Landeshauptmann Haider und dem Heimatdienst, zeitweise auch vom Abwehrkämpferbund und anfangs auch vom Rat der Kärntner Slowenen mitgetragen worden war, hatte es seit Ab-

schluss des Staatsvertrags 1955 noch nie gegeben.

Ob sich solch ein Mondfenster je wieder zeigt? Der Vorschlag, den Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler ein Jahr später vorlegte, war ein von vorneherein nicht ernstgemeinter Hüftschuss.

Während Wolfgang Schüssel alle Gruppen und ihre Vertreter vier Jahre lang um einen runden Tisch scharte, Verhandlungen in Wien und Klagenfurt führte, dann mit Stefan Karner und Josef Feldner vom Heimatdienst zwei angesehene Mediatoren im Kärntner Umfeld ein Paket vorbereiten ließ, Jörg Haider in die Pflicht als Staatsmann nahm, und Marijan Sturm ins Boot holte, änderte Gusenbauer lediglich einige wesentliche Details des letzten Vorschlags – ohne Absprache mit den Betroffenen.



Die SPÖ hat's verbock, nicht erfunden, führt Andreas Khol seine frühere Wahrnehmung ins Treffen. Foto: Hendrich

Verhandlungen wurden nicht geführt, die Mehrheit der Kärntner Parteien lehnte den Vorschlag dann auch ab. Ein Parteienkonsens wurde weder gesucht noch erreicht. Auch die Vertreter der Minderheit waren gespalten.

Husch-pfusch-Alibiaktion

Das Ganze war wenig mehr als eine schnell zusammengebastelte Alibiaktion. So verglühte dieser Gusenbauer-Vorschlag dann auch sehr schnell. Wenn Faymann bei der Lösung des Ortstafelstreits erfolgreich sein will, und ich wünsche es ihm von Herzen, sollte er besser nicht auf Gusenbauers Erfahrungen, sondern auf jene von Wolfgang Schüssel, Stefan Karner, Josef Feldner und Marijan Sturm zurückgreifen: mit allen reden, alle ins Boot zu holen versuchen, mit Geduld und Augenmaß und Verständnis für die vielschichtige Problemlage!

*Andreas Khol, ehemaliger NR-Abgeordneter und bis 2006 Präsident des Nationalrats, nunmehr Bundesobmann des ÖVP-Seniorenbundes.

Runder Tisch soll Konsens von 2005 „wachküssen“

Ortstafelstreit – Bundeskanzler trifft morgen bei Besuch in Ljubljana slowenische Staatsspitze

In die leidige Diskussion um zweisprachige Ortstafeln in Kärnten ist Bewegung gekommen. „Wir werden unseren Weg nach einem Kompromiss unbeirrt fortsetzen“, sind sich die Protagonisten der so genannten Konsensgruppe einig.

Das vor vier Jahren von den einstigen erbitterten Gegnern Josef Feldner (Kärntner Heimatdienst) und Marjan Sturm (Zentralverband Slowenischer Organisationen) ins Leben gerufene Gremium hat es sich zum Ziel gesetzt, den Ortstafelstreit zu beenden und das Zusammenleben von deutschsprachiger Mehrheit und slowenischer Volksgruppe auf eine breite Basis zu stellen.

Die Konsensgruppe hat selbst einen Kompromissvorschlag mit 158 Ortstafeln (derzeit sind es 92, von denen nur 78 auch tatsächlich aufgestellt sind) ausgearbeitet, der 2005 von Heimat-

verbänden und Kärntner Slowenen „mit Zähneknirschen“ angenommen worden war.

Feldner kritisierte am Montag vehement die Politik, weil „sie bis heute nicht in der Lage gewesen ist, eine inzwischen schon ganze Reihe von VfGH-Erkennt-

nissen trotz optimaler Voraussetzungen umzusetzen.“

Dadurch sei der Rechtsstaat „in ein schiefes Licht“ geraten, stellte Sturm fest. „Wir wollen jetzt den Dialogprozess wieder intensivieren und schlagen deshalb einen Runden Tisch vor.“

Ins selbe Horn stößt Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen. Er appelliert an den Bundeskanzler, endlich Gespräche zu führen.

Werner Faymann wird sicherlich am Mittwoch in Ljubljana (Laibach) bei seinem Besuch bei Sloweniens Präsident Danilo Türk und Regierungschef Borut Pahor auf die Ortstafel-Frage angesprochen werden.

Emotionales Problem Für Friedensforscherin Gudrun Kramer ist „der Konflikt in Kärnten kein intellektuelles Problem, sondern ein emotionales“.

Unnachgiebig ist vorerst die Haltung des BZÖ: „Ohne Minderheitenfeststellung wird es keine Lösung der Ortstafelfrage geben. Und ohne Zustimmung der Kärntner Bevölkerung so oder so nicht“, sagt Landeschef Uwe Scheuch. – Rudolf Cijan



Leidenschaftlicher Appell an die Politik: Josef Feldner (l.) und Marjan Sturm

VAJ LIGERT/EGGENBERGER

KURIER

DIENSTAG, 25. AUGUST 2009



Der verstorbene Landeshauptmann Jörg Haider und sein damaliger Vize Gerhard Dörfler verrückten einst die Ortstafeln.

Neuer Anlauf für Ortstafeln

- Konsensgruppe beruhigt
- Faymann morgen in Slowenien



Heimatdienst-Obmann Josef Feldner (l) und Marjan Sturm, Obmann des Zentralverbandes der slowenischen Organisationen.

Heimatdienst übt Kritik: Weder Schlüssel-Haider-Papier noch Gusenbauer-Vorschlag wurden eingelöst. Jetzt ist Faymann am Zug.

Klagenfurt, Wien. Der Konflikt um die Ortstafeln ist wieder aufgebrochen. Gestern wurde seitens der Konsensgruppe davor gewarnt, dass wieder ein schlechteres Klima zwischen den Volksgruppen droht. Nach dem Justiz-Aufreger rund um die Einstellung des Amtsmissbrauchsverfahrens gegen den Kärntner Landeshauptmann Ger-

hard Dörfler – als „kleiner Bankbeamter“ konnte er nicht wissen, was er tat – wird morgen Bundeskanzler Werner Faymann Slowenien besuchen. Er wird die Landesspitzen in Ljubljana treffen, um einmal mehr die Ortstafel-Causa zu besprechen.

Die Konsensgruppe, hier sitzen die einstigen Gegner vom Heimatdienst und vom Zentralverband der Kärntner Slowenen zusammen, steuern weiterhin einen Kompromiss an. In den vergangenen Jahren seien

„Historische Chancen“ vertan worden, bedauerte gestern Josef Feldner vom Heimatdienst. Er verwies auf das sogenannte „Schlüssel-Haider-Papier“ aus dem Jahr 2006 und auf den „Gusenbauer-Vorschlag“ aus dem Jahr 2007. Demnach hätten insgesamt 141, beziehungsweise 163 zweisprachige Tafeln aufgestellt werden sollen. Passiert ist allerdings nichts. Schuld sei die Politik, so Feldner: „Dabei wäre ein Kompromiss aus den beiden Modellen bei einigem

guten Willen ein Leichtes.“ Feldner sprach sich gegen die „Maximalforderung“ des Rates der Kärntner Slowenen ebenso aus, wie gegen die „Nullpositionierung“ von Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Die Einstellung des Verfahrens gegen Dörfler kommentiert der oberste Slowenenvertreter Marjan Sturm knapp: „Die Diskussion der vergangenen

Wochen haben den Rechtsstaat in ein schiefes Licht gebracht.“

Die Konsensgruppe arbeitet nun an einem Buch, in dem 25 Personen aus Kärnten und Slowenien ihre Familiengeschichten erzählen. Alles für gegenseitiges Verständnis. Das letzte Kapitel in der Ortstafel-Frage ist freilich noch lange nicht geschrieben.

(zef/apa)

Slowenen und Heimatdienst drängen auf Lösung

Ortstafel-Streit – Basis soll ein Kompromiss-Vorschlag aus dem Jahr 2005 sein

Durch die umgedrehte Einstellung des Amtsmisbrauchsverfahrens gegen den Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler (er hatte 2006 als Landesrat mitgeholfen, zweisprachige Schilder zu verrücken) sind die Ortstafeln wieder ein Politikum.

Das wollen Heimatverbände und Slowenenvertreter nützen, um den Konflikt um die zweisprachige Topografie in Kärnten endlich zu beenden. Die 2005 installierte Konsensgruppe wird am Montag in Klagenfurt kundtun, wie es weitergehen könnte. „Wir wollen eine Initiative mit allen Parteien starten, um von der Pattstellung beziehungsweise vom Nullpunkt wegzukommen“,

sagt Marjan Sturm vom Zentralverband Slowenischer Organisationen dem KURIER. „Es muss doch möglich sein, die starren Positionen zu überwinden und gemeinsam einen praktikablen Vorschlag auszuarbeiten.“ In der Volksgruppe seien daran nicht nur gemäßigte Kräfte interessiert. Das wolle auch die Gruppe um Rudi Vouk. Der gilt als „Hardliner“ im Rat der Kärntner Slowenen.

Als Basis für Gespräche kann sich Sturm den im März 2005 vom damaligen Kanzler Schüssel präsentierten und von der Konsensgruppe unter dem Historiker Stefan Karner ausgearbeiteten Kompromiss vorstellen. Er sieht 158 Ortstafeln vor

und beinhaltet eine Klausel für zusätzliche Topografie, sollte in einzelnen Orten die Zweisprachigkeit zunehmen. Derzeitiger Stand: Seit 1976 sind 92 Ortstafeln verordnet, tatsächlich gibt es 78.

Der Obmann des Kärntner Heimatdienstes, Josef Feldner, wie Sturm in der Konsensgruppe, wirft der Politik vor, „2006 und 2007 die Chance verpasst zu haben, eine Lösung herbeizuführen, die für die Mehrheitsbevölkerung und die Volksgruppe akzeptabel wäre“. Damals habe

es quer durch die Parteien Zustimmung gegeben. „Die Politik muss einsehen, dass es auch um das Ansehen Kärntens geht. Außerhalb Kärntens gibt es kein Verständnis dafür, dass Jahrzehnte um Ortstafeln gestritten wird. Es geht ja nicht um Sein oder Nichtsein, sondern um die Erfüllung eines Erkenntnisses der Höchststrichter.“

– Rudolf Cijan



Gleiches Ziel:

Feldner vom Heimatdienst, Slowenenvertreter Sturm

KURIER

SONNTAG, 23. AUGUST 2009